

Aufreizender Pragmatismus

Eine Ampel-Koalition könnte mehr Kontinuität zur Ära Merkel bedeuten, als die Erneuerungsprosa im Spiegelstrichdeutsch verheißen mag | Von Hans Jörg Hennecke

Noch ist nichts in trockenen Tüchern. Selbst die Neuauflage der bisherigen Koalition aus Union und SPD unter umgekehrten Vorzeichen oder das Experiment einer rot-grünen Minderheitsregierung sind noch nicht ganz vom Tisch. Viel wahrscheinlicher ist aber derzeit eine Ampel-Koalition. Man ahnt schon die Leitbegriffe, Floskeln und Überschriften, mit denen einem solchen Bündnis Sinn eingehaucht werden dürfte. Mit „Respekt – Nachhaltigkeit – Wachstum“ könnte der Koalitionsvertrag am Ende betitelt sein, vielleicht auch mit „Klima retten, Wirtschaft stärken, Zusammenhalt schaffen“. Es wird eine Erzählung sein, die die Versöhnung von ökonomischer und ökologischer Vernunft propagiert und dabei auf die soziale Balance achten will. Es wird auch nicht an Versuchen mangeln, eine Ampel-Koalition als historische Synthese und Fortschreibung der sozial-liberalen Koalition nach 1969 und der rot-grünen Koalition nach 1998 zu stilisieren. Gut möglich sogar, dass ein solches Narrativ sogar verfängt und der Koalition eine Zeitlang zu einer Art kulturellen Hegemonie verhilft.

Was vor uns liegen kann, dürfte aber um einiges nüchterner geraten. Schon die sozial-liberale Koalition und die rot-grüne Koalition waren einst prosaischer und konfliktbeladener, als es die legitimierenden Narrative von Demokratisierung und Modernisierung erkennen ließen.

Anders als 1966/69 und 1998 wird es diesmal ohnehin keinen echten Machtwechsel geben. Die SPD regiert mit einer kurzen Unterbrechung das Land seit 1998 und hat der Regierung gerade in den vergangenen acht Jahren überdeutlich ihren Stempel aufgedrückt. Diese sozialdemokratische Schwerkraft wird auch in einer Ampel-Koalition weiterwirken. Ein



Wie jung wir waren: Gerhard Schröder, Joschka Fischer und Oskar Lafontaine nach dem rot-grünen Wahlsieg 1998.

Kanzler Olaf Scholz würde ähnlich wie Angela Merkel ein Pathos des aufreizenden Pragmatismus verströmen, an dem viele programmatische Blütenräume der Parteien zerschellen werden. Vielleicht ist Scholz mittlerweile sogar etwas versierter als Merkel darin, die emotionalen Bedürfnisse seiner eigenen Partei dosiert zu bedienen und die Koalitionspartner in ihrem Ehrgeiz auflaufen zu lassen.

Kehtwenden weg von der Politik, die Angela Merkel und die von ihr moderierten Bundesregierungen verfolgten, sind auch deshalb nicht zu erwarten, weil die Ambitionslosigkeit und Passivität der vergangenen sechzehn Jahre nicht auf das Unvermögen einer Partei oder einer Person zurückzuführen sind. Dahinter steht ein stillschweigender Konsens aller demokratischen Parteien, bestimmte

Herausforderungen noch nicht einmal zu ignorieren.

Die Ära Merkel waren deshalb verlorene Jahre im Hinblick auf die Tragfähigkeit der sozialen Sicherungssysteme. Es wurden sogar noch zusätzliche Belastungen draufgesetzt – von der Mütterrente bis hin zur Niedrigzinspolitik, die jede Art von Vorsorge verleidet. Es spricht wenig dafür, dass ausgerechnet eine Ampel-

Koalition hier nun ohne Not unpopuläre Strukturereformen auf den Weg brächte.

Eine weitere Erblast der Ära Merkel ist die schleichende Abkehr von der Stabilitätskultur der europäischen Währungsunion. Es ist nicht zu erwarten, dass eine Ampel-Koalition hier weniger nachgiebig wäre und den Begehrlichkeiten vieler europäischer Partner nach einer Vergemeinschaftung von Schulden entschlossener entgegenrät. Der Trend zu immer höheren Staatsschulden, immer niedrigeren Zinsen und immer laxerer Geldpolitik wird sich auch unter einer solchen Koalition fortsetzen, wenn nicht sogar forcieren.

Oder man nehme die Frage nach Innovation und Wettbewerbsfähigkeit des Landes: Der Glaube, dass der Staat Innovationen vorhersehen und lenken können und er sich auch selbst dafür zum Unternehmer aufschwingen dürfe, ist beileibe nicht nur eine Spezialität des scheidenden Wirtschaftsministers Peter Altmaier und des irrlüchternen EU-Kommissars Thierry Breton. Der paternalistische Dirigismus, der nahezu alle Bereiche der Wirtschafts- und Strukturpolitik inzwischen durchdringt und von allen Parteien exekutiert wird, wird auch unter den Bedingungen einer Ampel-Koalition weiterwirken und neue Blüten treiben. Oder wer würde von einer Ampel-Koalition ernstlich erwarten, dass sie eine Staatsreform auf den Weg brächte, die der lähmenden Verflechtung und Diffusion von politischer Verantwortung von Bund, Ländern und Kommunen entgegenwirken würde? Und wer traut einer Ampel-Koalition wirklich zu, dass sie sich von dem sorglosen Trittbrettfahrertum der Bundesrepublik in der Außen- und Sicherheitspolitik verabschiedete und eine neue Verantwortungskultur begründen würde?

FORTSETZUNG AUF SEITE 2 >

AUF DEN ZWEITEN BLICK



INGE KLOEPPER

ist freie Journalistin. Sie schreibt u.a. für die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung und veröffentlichte zahlreiche Bücher, darunter die Biographie Friede Springers, für die sie als Wirtschaftsjournalistin des Jahres ausgezeichnet wurde.

Büchenspanner

Hepheistos, der Sohn von Zeus und Hera, schuf einst auf Geheiß seines Vaters eine Frau aus Lehm und nannte sie Pandora. Berühmt wurde sie ausschließlich für ihre Büchse und das Unheil, welches sie dadurch über die Menschen brachte, dass sie ihre Neugierde über den Doseninhalt wider die Anweisung des Göttervaters nicht ihm Zaum zu halten wusste. Das Übel, das dem unseligen Behälter entwich, ereilte die Erde in Form aller denkbaren Laster und Untugenden, an denen sich die Öffentlichkeit immer dann genüsslich delectiert, wenn Prominente und Superreiche davon betroffen sein könnten. Denn deren offensichtlichstes Laster scheint die Gier.

Nicht minder genüsslich und in der Intention allzu transparent hat ein Rechercheverbund den Namen Pandora für ein „Projekt“ gewählt, im Rahmen dessen es Millionen geleakter Daten ausgewertet und damit das Finanzgebaren von Politikern, Prominenten und Firmen publik gemacht hat: „Pandora Papers“. Der Name liefert die moralische Verurteilung gleich mit. Die nun öffentlich benannten Personen stehen ob ihrer Geldgeschäfte am Pranger. Einen Wikipedia-Eintrag gibt es auch schon (so schnell geht das sonst nicht). Wer mag, kann sich die Liste der Betroffenen genauer anschauen.

Nein, es ist nicht schön, wenn gerade die Superreichen versuchen, Steuerzahlungen zu vermeiden, so sie es denn überhaupt getan haben. Es ist auch nicht klug, wenn Claudia Schiffer, Elton John oder Tony Blair hinter Firmennamen verdeckt investieren, obwohl sie natürlich ein Recht darauf haben, dass nicht jeder weiß, was ihnen gehört.

Allerdings ist, anders als die Beteiligte der Papiere suggeriert, damit noch überhaupt nicht gesagt, wer das Finanzamt betrügt und wer nicht oder wer sein Geld aus dunkleren Kanälen zieht. Genau das ist die Krux der Arbeit des Recherchenetzwerkes, das sich mit der Nennung von ein paar hundert vermeintlichen Übeltätern in Szene setzt und nur in einer Fußnote darauf hinweist, dass nicht alles illegal sein könnte.

Vor der Veröffentlichung solcher Daten müsste eigentlich eine erste doppelte Recherche stehen. Die nämlich nach der Illegalität des Tatbestandes solcher Konten und Briefkastenfirmen und vor allem nach der Herkunft des Geldes, das da auf Offshore-Konten seiner Verwendung harret. Erst wer darum weiß, wäre berechtigt, öffentlich Menschen in den Verdacht von Unrechtsatbeständen zu rücken, so sie sich denn auf solchen Listen finden. Diese Arbeit aber hat noch gar nicht stattgefunden.

Insofern ließe sich nicht nur über die moralische Einstellung derer diskutieren, die sich – legal oder illegal – am Fiskus vorbeischieben, sondern auch über die Art und Weise, solche Leak-Projekte öffentlichkeitswirksam zu verarbeiten, da doch zumindest in Deutschland – dem Rechtsstaat sei Dank – vor dem Beweis der Schuld die Unschuldsumutung steht.

FORTSETZUNG AUF SEITE 2 >

Ein Stück namens Machtwechsel

Brandt, Scheel, Heinemann, Wehner: 1969 – das Jahr, in dem wir sozialliberal wurden | Von Günter Bannas

Eine für das deutsche Staatsoberhaupt schier unglaubliche und ungehörige Äußerung ist es gewesen, die das Jahr 1969 in einem Begriff zusammenfasste und zugleich den Übergang von der Adenauer-Ära in die Zeit der sozialliberalen Regierungsjahre kennzeichnete: Machtwechsel.

Gustav Heinemann, SPD-Justizminister der Großen Koalition, verwandte es, wenige Tage, nachdem er im März jenes Jahres von der Bundesversammlung im dritten Wahlgang und bloß mit knapper einfacher Mehrheit gegen den CDU-Verteidigungsminister Gerhard Schröder zum Bundespräsidenten gewählt worden war. Und zwar mit den Stimmen der FDP-Delegierten, was sich als Signal erweisen sollte.

Interview mit der Stuttgarter Zeitung, Heinemann: „Es hat sich jetzt ein Stück Machtwechsel vollzogen, und zwar nach den Regeln einer parlamentarischen Demokratie.“ Oft sei gesagt worden, dass eine Demokratie ihre Bewährungsprobe erst dann bestanden habe, „wenn eben nach ihren Regeln auch einmal ein Machtwechsel zustande gekommen ist“. Was wohl heißen sollte, dass die Unionsparteien, die ohne Unterbrechung zwanzig Jahre lang den Kanzler gestellt und die Richtlinien der Politik bestimmt hatten, nun – endlich – in die Opposition gehörten.

Machtwechsel? Heinemann schränkte die Bedeutung seiner Präsidentenwahl ein:

„Das ist hier nicht in breiter Front der Fall, das wird sich erst bei den Bundestagswahlen ergeben.“ Doch so sollte es ein halbes Jahr später kommen, und seit Heinemanns Prognose setzte sich in Politik und Medien die Sichtweise durch, Wahlen zum Bundespräsidenten seien eine Vorwegnahme von Bundestagswahlen. Es begannen die 13 Jahre der SPD/FDP-Koalition: Brandt/Scheel, Schmidt/Genscher. Heinemanns Wortwahl hatte bleibenden Nachhall. Arnulf Barings Werk über die Ereignisse von 1969 trug diesen Titel. Sein „Machtwechsel“ wurde ein Bestseller, erschienen 1982, dem Jahr einer abermaligen Wende, zum Ende der Jahre der SPD/FDP-Regierungen.

Manches zeichnete sich ab, einiges war geplant. Doch nichts war selbstverständlich oder gar sicher. In Bonn regierte seit 1966 eine Große Koalition aus Union und SPD unter Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger und seinem Stellvertreter, Außenminister Willy Brandt, der als SPD-Vorsitzender zweimal vergeblich versucht hatte, Bundeskanzler zu werden. An sich funktionierte das Bündnis der beiden Volksparteien. Deren Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Rainer Barzel (CDU) und Helmut Schmidt (SPD), harmonierten. Finanzminister Franz Josef Strauß (CSU) und Wirtschaftsminister Karl Schiller (SPD) wurden wohligh als „Plisch und Plum“ bezeichnet. Beide Parteilager hatten auch

genug von der damals dritten Partei im Bundestag – der FDP. CDU und CSU fühlten sich von den Liberalen drangsalieren, weshalb 1966 – ein Jahr nach der Bundestagswahl – das CDU/CSU/FDP-Bündnis aufgekündigt und Ludwig Erhard (CDU) als Kanzler zum Ausscheiden gezwungen wurde. Der SPD waren die Wirtschafts- und Nationalliberalen nicht geheuer. Unsichere Kantonisten seien sie, weshalb sie von der SPD-Machtmaschine Herbert Wehner „Umfallerpartei“ genannt wurden. Einen Plan hatte die Große Koalition ausgeheckt: die Änderung des Wahlrechts. So wie in Großbritannien sollte auch in der Bundesrepublik das Mehrheitswahlrecht eingeführt werden, was nach dem Stand der Dinge das parlamentarische Aus der FDP bedeutet, aber im Bundestag jeweils zu klaren Mehrheiten geführt hätte. Zu den Besonderheiten gehörte aber: Der junge Helmut Kohl nahm Rücksicht auf die FDP und stimmte in der CDU-Führung als Einziger gegen dieses Vorhaben. Jahre später sollte Kohl den politischen Lohn dafür einheimen.

Es waren unruhige Jahre. Erstmals wurde der stetige Wirtschaftsaufschwung der Bundesrepublik unterbrochen. In den Hochschulstädten rebellierte die – damals noch so genannten – Studenten – gegen den Vietnamkrieg, gegen die Notstandsgesetze, gegen verknöcherte

Strukturen an den Universitäten, gegen den Besuch des Schahs von Persien in Deutschland, gegen den Springerkonzern. Die Parteien taten sich schwer im Umgang mit der „außerparlamentarischen Opposition“ (Apo) – und diese mit den Parteien.

CDU und CSU kamen als Ansprechpartner nicht in Betracht – auch wegen der früheren Mitgliedschaft des Bundeskanzlers Kiesinger in der NSDAP. Dass die SPD mit diesem eine Koalition eingegangen war, führte zu innerparteilichen Auseinandersetzungen. Gegen den Willen der SPD-Führung vollzogen die Jungsozialisten 1968 einen Kurswechsel („Linkswende“); aus einer linientreuen Nachwuchsorganisation wurde ein rebellischer Jugendverband.

Vergleichsweise leicht tat sich die FDP, die sich das oppositionelle Schicksal mit der Studentenbewegung teilte: Im Bundestag hatte sie nichts gegen den Block der beiden großen Parteien zu sagen. Es waren FDP-Politiker, die ins Gespräch mit Studentenfürherern kamen. Die FDP-Fraktion im Bundestag stimmte gegen die von der Großen Koalition vorgelegten Notstandsgesetze, die im Falle von Katastrophen und Krieg Einschränkungen von Grundrechten vorsahen. Auch anderweitig veränderte sich die FDP unter Walter Scheels Führung. Ausdruck davon war, dass sie ihr Kürzel „FDP“ mit Punkten versah: F.D.P.

Aufreißender Pragmatismus

FORTSETZUNG VON SEITE 1 >

Man sollte also eine Ampel-Koalition nicht mit unrealistischen Erwartungen überfrachten. Sie wäre – genauso übrigens wie eine Jamaika-Koalition – ein fragiles Gebilde, ein Patchworkmuster von koexistierenden Teilpolitiken, eingengt durch institutionelle Schranken des Föderalismus und widerborstige Bundesratsmehrheiten, mit viel Kleinklein und Ängstlichkeit im Alltag des Regierens.

Es gibt allerdings auch Anlass zu ein wenig Optimismus. FDP und Grüne haben die strategische Chance, miteinander ritualisierte Konflikte zu überwinden und den politischen Konsens zu verändern. Vielleicht gelingt es beiden ja tatsächlich, in der Klimapolitik eine gemeinsame Vorstellung davon zu erarbeiten, wie man die Dekarbonisierung ohne Deindustrialisierung erreicht und wie man effizienten und effektiven Klimaschutz durch marktwirtschaftliche Instrumente umsetzt. Vielleicht bringen beide Parteien auch einen gesellschaftspolitischen Konsens darüber zustande, wie die in der Corona-Pandemie zuletzt arg strapazierten Freiheitsrechte der Bürger gestärkt werden können. Die Kooperation beider Parteien bietet auch eine Chance zur Erneuerung des intellektuellen Diskurses in unserem Lande, der zuletzt arg unter Empörung, Moralisation und Dialogunfähigkeit litt.

Und schließlich sollte man auch im Sinne des amerikanischen Publizisten Walter Lippmann nicht vergessen, dass eine schöne politische Theorie bisweilen durch eine Bande brutaler Fakten erschlagen

wird. Will sagen: Spiegelstrichlastige Koalitionsverträge und salbungsvolle Regierungsnarrative sind schnell Schall und Rauch, wenn die politische Agenda durch Krisensituationen über den Haufen geworfen wird. Davor wäre auch eine Ampel-Koalition nicht gefeit, was immer sie sich anfangs auch vornehmen mag. Dann käme es auf den Faktor Persönlichkeit an: Wäre eine Verteidigungsministerin Marie-Agnes Strack-Zimmermann einer solchen Krisensituation gewachsen? Oder ein Innenminister Robert Habeck? Oder ein Gesundheitsminister Karl Lauterbach? Es ist also gut möglich, dass die historischen Verdienste einer Ampel-Koalition am Ende gar nicht in den hehren programmatischen Vorsätzen liegen, die in den kommenden Wochen mühsam ausgehandelt werden, sondern in improvisierten Entscheidungen, die einer solchen Regierung durch widrige Umstände gegen ihren Willen abgerungen werden.



HANS JÖRG HENNECKE

lehrt Politikwissenschaft an der Universität Rostock und ist Vorsitzender der List-Gesellschaft e.V. 2003 erschien seine vielgelobte Studie „Die Dritte Republik. Aufbruch und Ernüchterung“ über die ersten vier Jahre der rot-grünen Koalition unter Gerhard Schröder (Propyläen Verlag).

1969 - Das Zustandekommen der ...

FORTSETZUNG VON SEITE 1 >

stimmte ein knappes Viertel der SPD-Abgeordneten gegen die Notstandsgesetze und damit gegen den Willen der Partei- und Fraktionsspitze. Vor allem aber rückte die SPD von der Absprache mit der Union ab, bei Bundestagswahlen das Mehrheitswahlrecht einzuführen. Nicht nur die Rücksichtnahme auf die FDP, die über nicht einen direkt gewonnenen Wahlkreis verfügte, trug dazu bei, sondern auch die Einsicht, dass dadurch die Mehrheit von CDU und CSU im Bundestag auf Dauer gesichert worden wäre. Die Führungen der Unionsparteien aber hatten die Zeichen der Zeit nicht erkannt.

Vor allem im Vorfeld und in der Folge der Wahl des Bundespräsidenten kam es zu Annäherungen von SPD und FDP. Die Unionsparteien nominierten Gerhard Schröder, der unter den Kanzlern Adenauer, Erhard und Kiesinger Innenminister, Außenminister und Verteidigungsminister war. Die älteren Herren von CDU und CSU setzten sich durch und verhinderten eine Nominierung Richard von Weizsäckers, der der Favorit der Jüngeren – darunter Helmut Kohl – in der Union war. In der SPD war zwar auch der Verkehrsminister Georg Leber, ein ehemaliger Gewerkschaftsführer, im Gespräch. Nominiert aber wurde Gustav Heinemann, was eine besondere Provokation für die Unionsparteien war. Heinemann, ein protestantischer Christ, hatte früher der CDU angehört und war Anfang der 1950er-Jahre Bundesinnenminister. Doch im Streit um die Wiederbewaffnung



Sang auch hoch vom gelben Wagen: Walter Scheel, Minister unter Konrad Adenauer, 1969 Vizekanzler unter Willy Brandt, 1974 bis 1979 Bundespräsident.

verließ er Partei und Kabinett und kam auf Umwegen in die SPD. Noch am Tag vor der Sitzung der Bundesversammlung in Berlin wurde unter den FDP-Delegierten heftig gestritten, wen sie wählen sollten. Der rechte Flügel der Partei favorisierte den beliebten Schröder. Mehrere Probestimmungen gab es. Scheel und Hans-Dietrich Genscher sorgten schließlich dafür, dass die überwiegende Zahl der FDP-Delegierten für Heinemann stimmten – als Zeichen für Verlässlichkeit und für die Bereitschaft, ein Regierungsbündnis mit der SPD einzugehen.

Als sich Scheel und Genscher nach der Wahl Heinemanns zur Siegesfeier der Sozialdemokraten am Funkturm begaben, wurden sie gefeiert. Baring notier-

te: „Brandt umarmte Scheel.“ Die beiden hielten Kontakt. Vor allem neue Initiativen zur Deutschland- und zur Ostpolitik nahmen sie in den Blick. Dass sie innerparteiliche Rücksichten nehmen mussten, war ihnen bewusst: Brandt auf Helmut Schmidt und Herbert Wehner, Scheel auf den starken nationalliberalen Flügel seiner Partei.

Der Abend der Bundestagswahl 1969 sollte einer der – immer noch – dramatischsten der Geschichte der Bundesrepublik werden. Die Unionsparteien kamen auf 46,1 Prozent, ein leichter Verlust, aber doch deren drittbestes Ergebnis. Die SPD gewann drei Punkte hinzu und erhielt 42,7 Prozent. Die FDP aber hatte starke Verluste von 3,7 Prozent zu regis-

trieren und übersprang mit 5,8 Prozent gerade so eben die Sperrklausel. Die NPD scheiterte nur knapp: 4,3 Prozent. CDU und CSU feierten einen Sieg. Sogar eine absolute Mehrheit schien in Sicht. Ihr Parteinachwuchs erschien mit einem Fackelzug bei Kiesinger. Der amerikanische Präsident Richard Nixon gratulierte telefonisch. Walter Scheel sagte um 19:35 im ZDF: „Ich bin der Verlierer dieser Wahl.“ Die Union machte ihm Angebote, um die SPD zu übertrumpfen. Doch sie waren in sich widersprüchlich: Mündliche und schriftliche Zusagen stimmten nicht überein. Auch hatte es Kiesinger versäumt, Gesprächsfäden zur FDP zu knüpfen. Die Absprachen Brandts und Scheels aber hielten. Brandt sagte: „SPD und FDP haben mehr als CDU und CSU.“ Noch am Wahlabend rief er bei Scheel an. Er wolle im Fernsehen verkünden, eine Regierung mit der FDP zu bilden. Als Reaktion Scheels ist überliefert: „Ja, tun Sie das.“

Gute drei Wochen nach der Wahl wurde Brandts sozialliberales Kabinett vereidigt.



GÜNTER BANNAS

ist Kolumnist des Hauptstadtbriefts. Bis März 2018 war er Leiter der Berliner Redaktion der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.

GEGRÜNDET IM NOVEMBER 1999: Ernst Dieter Lueg (*), Fernsehjournalist, Prof. Diether Huhn (*), Richter und Publizist, Detlef Prinz, Verleger, und Bruno Waltert (*), Chefredakteur der Berliner Morgenpost a. D.

IMPRESSUM Der Hauptstadtbrief am Samstag ist eine Publikation von PrinzMedien und erscheint wöchentlich online auf www.derhauptstadtbrief.de | Verleger: Detlef Prinz | Herausgeber: Ulrich Dippendorf | Chefredakteur: Lutz Lichtenberger (verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes) | Layout: Gordon Martin
Anschrift für alle: Hauptstadtbrief Berlin Verlagsgesellschaft mbH | Tempelhofer Ufer 23-24 | 10963 Berlin | Tel. 030/21 50 54 00 | info@derhauptstadtbrief.de | www.derhauptstadtbrief.de | © Der Hauptstadtbrief 2021

Frauen und Mädchen stärken

Ihre Spende für weltweite Gleichberechtigung.
IBAN: DE 93 3705 0198 0000 0440 40

www.care.de

 **care**® **wirkt. weltweit.**

